



Zahlen statt Worte

Die Wirtschaftswissenschaften verabschieden sich von Müller-Armack, Hayek und Eucken. SEITE 13

Wirtschaft

„Die Diskriminierung der Premiumautos muss enden.“

VDA-Präsident Matthias Wissmann im RM-Gespräch. SEITE 14



Wissenschaft

Enzyme fressen Flecken

Zum Wäschewaschen braucht man künftig nur noch Kaltwasser. SEITE 15

MEINUNGEN

Kommunen als Retter der Wirtschaft

KONJUNKTURPROGRAMM Die positiven Auswirkungen werden auf sich warten lassen

Von Klaus F. Zimmermann

Die Konjunktur ist massiv eingebrochen. Grundlage ist eine importierte Rezession, die über fallende Exporte Deutschland, das einen Exportanteil von 50 Prozent hat, massiv in seinen Leistungssektoren, den Investitionsgüterindustrien, trifft. So lag das Wachstum in 2008 insgesamt nur bei 1,3 Prozent, im letzten Quartal schrumpfte die Wirtschaft sogar mit minus 2,1 Prozent. Für 2009 ist inzwischen eine Schrumpfung von weit über minus drei Prozent realistisch. Da die Krisenursache im Ausland liegt und die Binnennachfrage stabil ist, sind die Einflussmöglichkeiten nationaler Konjunkturprogramme sehr begrenzt. Der Staat muss sich deshalb auf langfristig sinnvolle Maßnahmen beschränken.



Die öffentlichen Investitionen sollten nicht nur einmalig, sondern auf Dauer erhöht werden.

Die Hoffnungen des neuen Konjunkturpakets ruhen deshalb auf den Kommunen. Länder und Gemeinden sollen Investitionszuschüsse von zehn Milliarden Euro vom Bund erhalten, mit denen sie drei Viertel ihrer zusätzlichen Investitionen finanzieren können. Mit dem Programm können deshalb auf zwei Jahre verteilt insgesamt 17,3 Milliarden Euro zusätzliche öffentliche Investitionen, im Wesentlichen Bauinvestitionen, angesprochen werden. Gemessen an der gesamten Wirtschaftsleistung ist das nicht viel – wohl aber gemessen an den Bruttoanlageinvestitionen des Staates, die sich 2008 auf 38 Milliarden Euro beliefen, davon waren 32 Milliarden

Bauinvestitionen. Rechnerisch werden also die öffentlichen Bauinvestitionen im Jahr um ein Viertel gesteigert.

Die Ausweitung der öffentlichen Investitionen ist zu begrüßen, da das derzeitige Niveau weit unter dem früherer Jahre liegt und der Investitionsbedarf erheblich ist. Das Konjunkturprogramm sollte allerdings Anlass sein, das Niveau auch auf längere Frist anzuhäben. Sinnvoll ist, dass etwa zwei Drittel der Zuschüsse in Bildung und Forschung fließen, denn dadurch können die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nachhaltig verbessert werden.

Unklar ist allerdings, ob das Programm im geplanten Zeitraum in vollem Umfang produktionswirksam umgesetzt werden kann. Investitionen benötigen in der Regel einen Vorlauf für Planung und Auftragsvergabe. In manchen Regionen muss die Investitionstätigkeit drastisch ausgeweitet werden, in anderen wird es möglicherweise schwerfallen, die Mittel in sinnvolle Projekte fließen zu lassen. Offen ist auch, in welchem Maß von Ländern und Gemeinden zusätzlich investiert wird. Zudem besteht die Gefahr, dass es zu Preisanhebungen kommt, denn die Bauwirtschaft in Deutschland ist bisher wenig von der Rezession betroffen. Auch diese Maßnahmen werden den konjunkturellen Prozess nur wenig beeinflussen.

Klaus F. Zimmermann ist Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin).

Der Minister muss ran

GLASFASER Kein Anschluss unter dieser Politik

Von Stephan Balling

Die Lage wird immer unübersichtlicher, der Ausbau der deutschen Glasfasernetze stockt. Doch ohne hervorragende Breitbandversorgung gilt für die Bundesrepublik: kein Anschluss an die Weltgesellschaft. Ob Telekom, Vodafone oder regionale Unternehmen wie NetCologne – kein Anbieter wagt es derzeit, die nötigen massiven Investitionen für den Bau neuer superschneller Internet-Leitungen zu schultern. Grund: Die Regulierungsbehörden entscheiden zu langsam, welchen Preis die Unternehmen künftig ihren Konkurrenten abverlangen dürfen, wenn diese ihre neuen Netze nutzen wollen. Niemand weiß, ob sich die Investitionen jemals amortisieren.

Der Ausbau des schnellen Internets kommt in Deutschland viel zu langsam voran.

Die Telekom streitet mal mit ihren Wettbewerbern, mal kooperiert sie mit eben den Firmen, mit manchen will sie gar nicht reden. Ihre Konkurrenten wiederum streiten untereinander, was gerade in der Aufspaltung des Branchenverbandes Breko mündete. Das zukunftsweisende Funk-Breitband Wimax kommt in Deutschland nicht voran. Andere Teile der Welt zeigen, wie

es geht. Mit Wimax hat Südkorea sich an die Spitze der Onlinenutzer katapultiert. Deutschland verpasst den Trend.

Die bisherigen Ziele der Bundesregierung reichen deshalb nicht aus. Sie will 99 Prozent der Bevölkerung mit einem Megabit pro Sekunde (Mbit p. s.) versorgen. Schon heute verfügen alle Koreaner über Anschlüsse mit 100 Mbit p. s. Bis 2018 will die Bundesregierung ganz Deutschland mit 50 Mbit p. s. schnellem Breitband überziehen.

Korea wird bis 2012 mit einem Gigabit (1000 Mbit) pro Sekunde surfen.

Um diesen Vorsprung aufzuholen, sollte sich der neue Bundeswirtschaftsminister zum Glasfaser-Minister erklären. Er muss zusammen mit Ländern und Kommunen sowie der Bundesnetzagentur einen Rahmen entwerfen, der private Firmen dazu bringt, schnell zu investieren. Mehr staatliches Geld braucht es dafür nicht. Die Firmen haben nach eigenem Bekunden genug Geld flüssig.

Für Guttenberg birgt das eine große Chance: Statt nur als ordnungspolitisches Gewissen der Regierung aufzutreten, könnte er zeigen, wie Ordnungspolitik in der Praxis funktioniert.

Ende des Größenwahns

BANKEN Mit allen Mitteln wollen Regierungen Geldhäuser am Leben halten. Dabei ist sogar die Pleite des Staates zu befürchten. Grund genug, in Zukunft für kleinere Institute zu sorgen

Von Stefan Deges

Das Fass ohne Boden hat hierzulande einen Namen: Hypo Real Estate. Vor der Krise noch weiten Bevölkerungsgruppen unbekannt, bürgt der Steuerzahler mittlerweile mit 87 Milliarden Euro für den Staatsfinanzierer, der mit seiner eigenen Finanzierung überfordert ist. Bei einer Bilanzsumme von zuletzt knapp 400 Milliarden Euro ist nicht ausgeschlossen, dass der Rettungseinsatz noch viel teurer wird. Doch Deutschland ist ein reiches Land, Deutschland kann sich das leisten.

Bis zum Herbst dachten die Isländer so optimistisch über ihr eigenes Land. Dann zog die malade Kaupthing-Bank das gesamte Eiland in den Sog der Überschuldung. Dabei ist die Kaupthing-Bank im internationalen Maßstab eine Minibank, deren Bilanzsumme im vergangenen Jahr nicht an die Kreissparkasse Köln heranreichte. Aber Island ist halt ein Ministaat. Um die Flammen auf dem heimischen Finanzmarkt zu bekämpfen, reicht das Löschwasser der Steuerzahler nicht aus. „Es ist schon bedrohlich, wenn die Risiken einzelner Banken die Steuereinnahmen eines Landes überschreiten“, sagt Jörg Rocholl, Finanzierungsexperte an der European School of Management and Technology (ESMT) in Berlin. „Letztlich kann dadurch die Handlungsfähigkeit eines Staates infrage gestellt werden.“

Ist die Schweiz pleite?

Offenbar hängt es von der wirtschaftlichen Potenz eines Staates ab, in welchem Umfang er seine Banken retten kann. Den USA etwa fordert die Rettung einzelner Institute weniger Einsatz ab – gemessen in Prozent des Bruttoinlandsproduktes – als kleineren Ländern. Wenn Banken aber allein wegen ihrer Größe nicht mehr zu retten sind, muss das im Umkehrschluss bedeuten, dass sich die Größe der Banken oder zumindest die bankinternen Sicherungsvorschriften an der Stärke der Volkswirtschaft bemessen. Immer mehr Ökonomen und Banker weisen auf diesen Zusammenhang hin. „Generell muss vermieden werden, dass diese großen, super-komplexen Institute für eine Volkswirtschaft zur Gefahr werden“, fordert Prinz Max von und zu Liechtenstein, der Chef der LGT-Bank.

In der vermeintlich reichen Schweiz weiß man, worauf der Prinz aus dem Nachbarland anspielt: Allein die Zürcher Großbank UBS meldete jüngst einen Verlust von fast 20 Milliarden Fran-

ken. Zudem transferierte sie toxische Papiere im Wert von fast 40 Milliarden Franken an den Staat – insgesamt fast ein Viertel aller eidgenössischen Steuereinnahmen.

Obendrein profitiert die UBS von umfangreichen staatlichen Bürgschaften, weshalb der Bundesrat bereits im Herbst warnte: „Aufgrund von internationalen Studien muss davon ausgegangen werden, dass der Ausfall einer Bank von der Größe der UBS AG kurzfristig Kosten für die Volkswirtschaft in der Höhe von 15 bis 30 Prozent des Bruttoinlandsproduktes verursachen könnte.“ Den langfristigen Wachstumsverlust taxierte die Regierung sogar auf 60 bis 300 Prozent der eidgenössischen Wirtschaftskraft. Volker Wieland, Wirtschaftsprofessor an der Frankfurter Goethe-Universität, mahnt daher zur Vorsicht: „Bei kleinen Ländern wie der Schweiz wird zu Recht angezweifelt, ob sie die Garantien für ihr Bankensystem auch liefern können, wenn sie wirklich gefragt wären.“

Bislang zumindest gehörte zu den gesicherten Erkenntnissen dieser Krise, dass für Großbanken der Slogan gilt: „too big to fail“. Sie sind zu groß, um sie eingehen zu lassen. Angesichts der begrenzten staatlichen Mittel sprechen Banker in Frankfurt aber neuerdings auch von „too big to save“, also von einer Größenordnung, der selbst mit Staatsmitteln nicht mehr beizukommen ist.

Als die Krise Mitte 2007 ausbrach, gab es in Deutschland 18 Banken mit einer Bilanzsumme von jeweils mehr als 100 Milliarden Euro. Die Katastrophenbank IKB fiel noch nicht einmal darunter, sie landete erst auf Platz 29 und war dennoch „too big to fail“. Die davor rangierenden 28 Banken vereinigen ein Bilanzvolumen von insgesamt acht Billionen Euro. Zum Vergleich: Das gesamte Steueraufkommen aller Gebietskörperschaften in Deutschland erreichte im vergangenen Jahr etwa 600 Milliarden Euro. Allein die Aktiva der drei größten deutschen Banken übersteigen zusammen das deutsche Bruttoinlandsprodukt um ein Drittel.

Nach Berechnungen des Berkeley-Ökonomen Bernard Lietaer kommt das spanische Bruttoinlandsprodukt nicht einmal auf die Hälfte der Summe, die in den Bilanzen der drei größten iberischen Banken schlummert. Die beiden niederländischen Marktführer weisen sogar dreimal mehr Aktiva aus als der Gesamtstaat im Jahr. Über das Kraftverhältnis von Banken und Staat scherzte einst Charles Prince, der die Citigroup vorübergehend zur größten Bank der Erde fusioniert hatte: „Es

wäre schwierig, Citigroup umzukrempeln. Wir müssten schon mit Kanada fusionieren.“ Gut für Kanada, dass es nicht so kam. Großbanken bringen immer mehr Länder in Bedrängnis. Erst galt Island als zu klein für aufwendige Rettungsaktionen, dann auch Irland, mittlerweile sogar Großbritannien.

Dennoch traut sich an die Größe der Institute kaum ein Verantwortlicher heran. Im Gegenteil, oft betrachten Politiker Fusionen und Übernahmen im Finanzsektor als Maßnahme, um der Krise zu trotzen (siehe Kasten). Ganz außer Acht gerät dabei, ob sich ein Land allzu gewaltige Finanzkonglomerate überhaupt leisten könnte.

Vorbild Fremdkapital

Anders als bei der Bankenabsicherung mit Eigenkapital wird die wirtschaftliche Potenz des Heimatlandes bereits berücksichtigt, wenn sich eine Bank mit Fremdkapital eindeckt, also Kredite aufnimmt oder Anleihen ausgibt. „Staatsgröße spielt dann natürlich eine Rolle“, sagt Kay Bommer, Geschäftsführer des Deutschen Investor-Relations-Kreises in Hamburg. „Die Ratingagentur Moodys zum Beispiel hat ihre Regeln dahingehend angepasst, dass Banken, für die ein sicherer Staat bürgt, ein besseres Rating erhalten.“ Beim Eigenkapital, also dem bankeigenen Löschwasser, fehlt eine solche Verknüpfung bislang.

Im Alleingang ist sie auch kaum herstellbar. „Das kann nur im internatio-

HILFE AUS BERLIN

Am politischen Willen, Großbanken zu schmieden, mangelt es auch aktuell nicht: Die Commerzbank kann die Übernahme der Dresdner Bank nur stemmen, weil der Staat nachhilft.

Generell beschleunigen die Rettungspakete den Konzentrationsprozess. Schon früh in der Krise übernahm die Bank of America die angeschlagene Investmentbank Merrill Lynch.

Landesbanken werden nicht einfach liquidiert, nachdem man ihre Risiken verstaatlicht hat. Im Gegenteil, sie werden zu noch größeren Gebilden fusioniert, wie der Versuch zeigt, die Landesbanken aus Hessen und Nordrhein-Westfalen, HeLa und WestLB, zusammenzulegen.

Schon Gerhard Schröder forderte den Zusammenschluss zur Größe, etwa indem er die Postbank an die Deutsche Bank vermitteln wollte. Nun kauft die Deutsche Bank die Postbank von der Post, an der nach wie vor der Staat beteiligt ist. **deg**



Kräftemessen: Stärke ist nicht unbedingt eine Frage der Größe.

ZAHLENWERK

20

Prozent der industriellen Wertschöpfung in Deutschland stammen aus Unternehmen, die ausländischen Investoren gehören. Die Muttergesellschaften haben zu 73 Prozent ihren Stammsitz im europäischen Ausland, 24 Prozent sitzen in den USA.

Quelle: Destatis

FOTOS: J. H. DARCHINGER; ULLSTEIN; ARIS; ALEKSANDER PERKOVIC/LAIF